

Institutionelle Reformen auf der städtischen Grassroot-Ebene: Ausgangspunkt für mehr Partizipation!

Jan Großkopf, Randy Rodewald und Viktor Ungemach

In dieser Arbeit beschäftigen wir uns mit der Frage, wie Wahlen und andere institutionelle Reformen auf der städtischen *Grassroots*-Ebene zur Herausbildung einer Zivilgesellschaft in China beitragen können. Dabei werden wir die Konsequenzen dieser Neuerungen für die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung genauer analysieren, um daraus einige Handlungsempfehlungen zur Unterstützung dieser Entwicklungen abzuleiten.

Wahlen und institutionelle Reformen auf der *Grassroots*-Ebene sehen wir als Ausgangspunkt für mehr Partizipation der Bevölkerung an, ein unerlässlicher Bestandteil jeder Zivilgesellschaft. Wir beschränken uns in dieser Arbeit auf soziale Partizipation, die sich z.B. durch die Teilnahme an öffentlichen Aufgaben auszeichnet⁷ und politische Partizipation, ausgedrückt z.B. durch die aktive und passive Teilnahme an Wahlen. Eine weitere Form der Partizipation, die der ökonomischen, wird hier nicht behandelt.

Darüber hinaus konzentrieren wir uns auf Entwicklungen im städtischen Bereich, weil wir davon ausgehen, dass für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft eine gewisse materielle Absicherung vorhanden sein muss, die in den Städten eher als in den ländlichen Regionen gegeben ist. Außerdem sind durch die Etablierung einer Selbstverwaltungsebene in den Städten Freiräume entstanden, die mehr Partizipation ermöglichen. Darüber hinaus meinen wir unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) hier praxisnahe Ansätze für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen liefern zu können.

Zunächst werden wir kurz erörtern, wie es zu den tiefgreifenden Veränderungen im chinesischen Gesellschaftssystem nach Einleitung der Wirtschaftsreformen 1978 kam und welche Konsequenzen sich daraus für die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung ergeben haben. In einem zweiten Schritt schildern wir die Anpassungsmaßnahmen der Zentralregierung, die auf diesen Wandel folgten. Hierzu werden wir erstens die Anpassung und Neustrukturierung der Verwaltungsorganisationen in den Städten und die Funktion der daraus entstandenen Leitungen der Nachbarschaftsviertel (*Shequ*) erläutern. Der Begriff *Shequ* lässt sich am ehesten mit Nachbarschaftsviertel übersetzen und bezeichnet ein geographisch abgegrenztes Wohngebiet.⁸ Zweitens werden wir Ziele der Regierung bei der Institutionalisierung der Wahlen der *Shequ*-Leitungen, der sogenannten Einwohnerkomitees, und die sich daraus ergebenden Folgen für die sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung darstellen. Anschließend ziehen wir ein Fazit aus diesen noch jungen Entwicklungen und leiten daraus Handlungsempfehlungen ab, die unserer Meinung nach in das Arbeitsfeld der HBS passen und zivilgesellschaftliche Entwicklungen in der VR China fördern können. Um eine Erfolg versprechende Umsetzung zu gewährleisten, weisen wir hier auch auf mögliche Kooperationspartner vor Ort hin.

Soziale Entwicklungen nach Einleitung der Wirtschaftsreformen

Vor den im Jahre 1978 eingeleiteten Wirtschaftsreformen waren in der VR China keine zivilgesellschaftlichen Entwicklungen möglich, da alle Lebensbereiche in den Städten mit Hilfe der *Danweis*⁹ strikt hierarchisch organisiert waren. In den Wohnvierteln, die keiner *Danwei* unterstanden, übernahmen Straßenbüros und Einwohnerkomitees diese Aufgabe. Freiräume, in denen sich freiwillige Partizipation hätte entwickeln können, waren nicht vorhanden. Eine wichtige Funktion der *Danweis* bestand in der politischen Kontrolle der Bevölkerung sowie der Umsetzung der von höheren Ebenen vorgegebenen Politik, z.B. in Form von Massenkampagnen. Darüber hinaus unterhielten sie eigene Wirtschaftsbetriebe und soziale Einrichtungen wie z.B. Kindergärten, Schulen, Altenpflegestationen und Krankenhäuser. Sie erfüllten die Aufgaben von Sozialämtern und waren für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verantwort-

⁷ Heberer 2004: 24.

⁸ Heberer 2004: 13

⁹ *Danweis* sind im städtischen Bereich die Basisorganisationen von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

lich. Eine weitere Funktion war die Ausbildung von Gemeinschaftsbewusstsein und engen Bindungen zwischen den Bewohnern.¹⁰ Die Bewohner waren folglich Bestandteil einer festen Organisationsstruktur mit engen nachbarschaftlichen Beziehungen und begrenzter Mobilität. Eigenverantwortliches Handeln und Eigeninitiative wurden unterdrückt.

Seit Beginn der Reformen befindet sich dieses System in einem Prozess der Erosion. Viele Staatsbetriebe mussten schließen oder wurden privatisiert, was die Freisetzung einer großen Anzahl von Arbeitskräften zur Folge hatte. Die traditionellen Basiseinheiten waren dadurch mit ihren Aufgaben zunehmend überfordert, was zu sozialen Spannungen und damit zur Bedrohung der sozialen Stabilität führte.

Der Staat zieht sich immer mehr aus dem sozialen Leben der Menschen zurück, lagert Aufgaben aus und beschränkt sich zunehmend auf die Schaffung von Rahmenbedingungen. Der Grad der Kontrolle nimmt daher ab, mehr eigenverantwortliches Handeln der Bevölkerung wird explizit gefordert.

Durch den Wandel kam es zu einer sozialen Differenzierung der Gesellschaft, neue soziale Gruppen wie z.B. Privatunternehmer und Selbständige bildeten sich heraus. Die chinesische Gesellschaft zeichnet sich aus durch zunehmend steigende soziale und geographische Mobilität, so dass nun unterschiedlichste soziale Gruppen zusammenwohnen und viele der früher ausgeprägten nachbarschaftlichen Beziehungen sich im Auflösungsprozess befinden. Die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander, das Engagement bei der Lösung gemeinschaftlicher Probleme und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnviertel wurden dadurch geschwächt.

All diese Entwicklungen haben zu einer Vielzahl sozialer Probleme, wie sie auch in industrialisierten Ländern anzutreffen sind, geführt.¹¹

Nachbarschaftsviertel und *Shequ*-Komitees

Mit der Etablierung der *Shequ*-Komitees (Einwohnerkomitees) 1999 wurde auf die bereits erwähnten Entwicklungen reagiert und die Lösung gesellschaftlicher Probleme auf eine „Selbstverwaltungsebene“ verlagert. Trotz Regelung durch das Organisationsgesetz für *Shequ*-Komitees bleibt deren rechtlicher Status jedoch unklar.¹² Derzeit ist es nicht möglich, auf gerichtlichem Wege das Recht auf Selbstverwaltung einzuklagen.

Durch die Erosion des *Danwei*-Systems ist ein politischer Raum entstanden, über den die Partei verminderte Kontrolle besitzt. Gleichzeitig haben Millionen von Menschen keinen Zugang mehr zu fundamentalen Sozialleistungen. Diese Entwicklung gipfelte in Demonstrationen und anderen Unmutsäußerungen, welche die Legitimität der Regierung in Frage stellten und die soziale Stabilität im Land gefährdeten.¹³ Um diese Gefahren abzuwehren, sollten sich abzeichnende Konflikte dort gelöst werden, wo sie entstehen¹⁴ - d.h. auf der Wohnviertelebene. Somit weist der Gesetzgeber den *Shequ*-Komitees im Grunde zwei Aufgabenbereiche zu: 1) Unterstützung der Regierung beim Schutz der gesellschaftlichen Stabilität und 2) Dienst- und Sozialleistungen für die Bewohner.¹⁵

¹⁰ Heberer 2004: 9.

¹¹ Heberer 2004: 11.

¹² Heberer 2003: 1225.

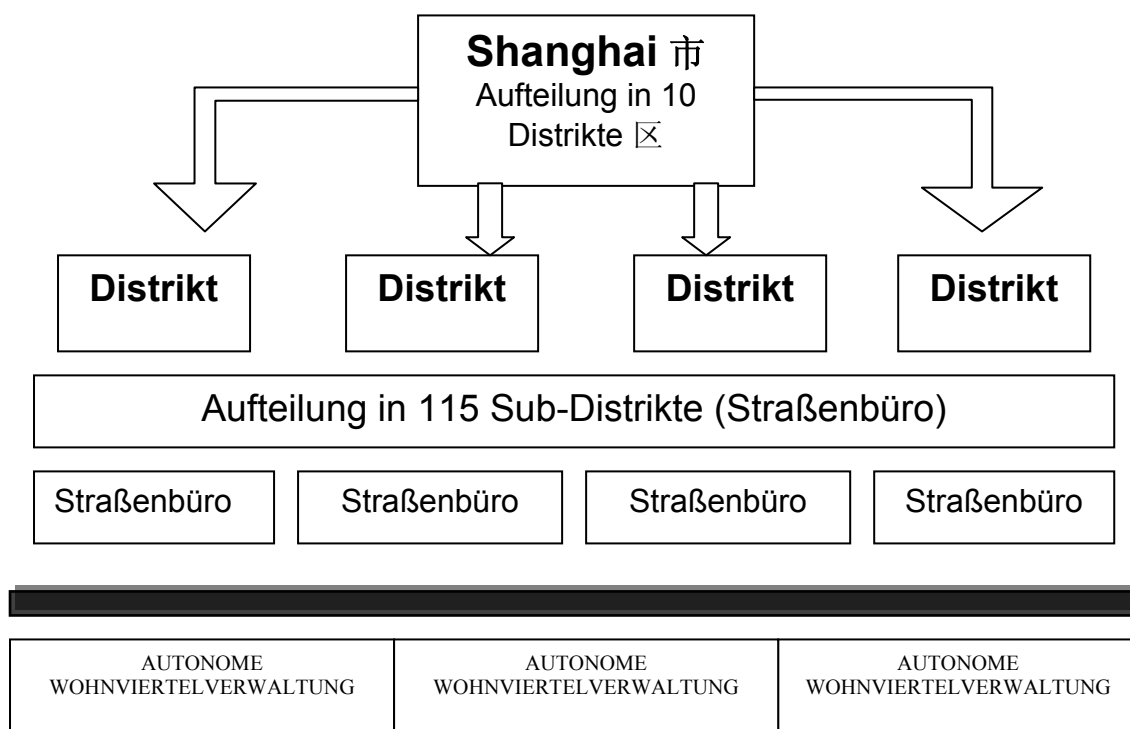
¹³ Derleth/Koldyk 2004: 749.

¹⁴ Derleth/Koldyk 2004: 750.

¹⁵ Heberer 2003: 1225.

Die Bewohnerzahl solcher Nachbarschaftsviertel liegt bei 3.000 bis 16.000 (siehe Abb. 1). Die Einwohnerschaft ist sozial sehr heterogen. Die Hauptaufgaben der einzelnen *Shequ*-Komitees sind daher so verschieden wie die Bedürfnisse ihrer Bewohner und reichen von Verwaltungs- und Kontrollaufgaben, Wohlfahrt, Sozialfürsorge, Geburtenplanung, Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Sicherstellung hygienischer Verhältnisse, Organisation von Freizeitaktivitäten und Wahrung der öffentlichen Sicherheit bis hin zu Formen der Partizipation und Selbstverwaltung der Bewohner.¹⁶ Im Zuge der Umstrukturierung wurden den *Shequ*-Komitees also auch vormals staatliche Aufgaben zugewiesen, mit deren Erfüllung die Komitees vielfach, aufgrund finanzieller, fachlicher und personeller Defizite, überfordert sind. Weiterhin haben die Komitees auch dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen in einem *Shequ* sich mit ihrem Wohnviertel identifizieren. Auf diesem Wege soll es zur Ausbildung von gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen kommen. Ziel ist die Schaffung einer, auf Basis der Freiwilligkeit, partizipierenden Einwohnerschaft, die aktiv an der Umsetzung ihrer eigenen Ideen mitwirkt und einen solidarischen und kooperativen Umgang miteinander pflegt.

Abbildung 1: Aufteilung der Verwaltungseinheiten am Beispiel Shanghai



Quelle: Derleth/Koldyk, eigene Bearbeitung.

¹⁶ Heberer 2003: 1225.

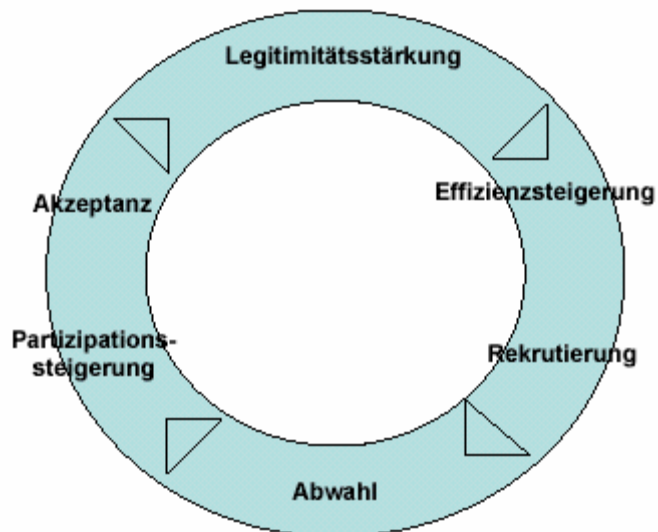
Wahlen

Laut Aussagen des *Ministry of Civil Affairs* sollen Wahlen den Grad der Partizipation der Bevölkerung, die Legitimität der *Shequ*-Komitees und die Identität der Bewohner mit ihren Wohnvierteln erhöhen.¹⁷ Nachdem 1999 für ein Experiment 26 Orte ausgewählt wurden, um Wahlen auf der untersten Ebene durchzuführen, gibt es gegenwärtig zwei Formen von Wahlen in den Nachbarschaftsvierteln. Bei der indirekten Wahl wird das *Shequ*-Komitee durch Wahlvertreter gewählt. In einigen wenigen *Shequs* werden aber bereits Direktwahlen unter Beteiligung aller Bewohner durchgeführt. Diese Form soll in Zukunft landesweit implementiert werden. Kritiker dieser Forderung bestreiten jedoch, dass eine von oben initiierte Wahl im städtischen Raum ähnlich erfolgreich sein wird wie die von unten ausgehende im ländlichen Raum. Hier wird vor allem auf die Unterschiedlichkeit der Aufgabenbereiche und der Mitwirkungsmöglichkeiten bei ländlichen Dorfverwaltungskomitees und *Shequ*-Komitees verwiesen.

Festzuhalten bleibt, dass die Wahlen generell als *semi-kompetitiv* angesehen werden müssen.¹⁸ Zum einen ist das aufgrund der Kontrolle der Fall, die von Seiten der KP ausgeübt wird, zum anderen bedingt das die Natur des Einparteiensystems.

Obwohl die Partei die Abhaltung von semi-kompetitiven Direktwahlen auf der *Shequ*-Ebene zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Legitimität instrumentalisiert, kann das Wahlsystem die Verhandlungsbasis der *Shequs* gegenüber dem Staat stärken und so deren Selbstverwaltungscharakter und seinen Autonomieanspruch untermauern.

Abbildung 2: Wahlen und deren Auswirkungen



Quelle: Eigene Darstellung.

Wie in Abbildung 2 vereinfacht dargestellt, bedeutet dies, dass die Wahlen einerseits die Legitimität der Regierung steigern und andererseits zu einer höheren Effizienz im politischen System führen. Diese erhöhte Effizienz wird bewirkt durch die Rekrutierung von qualifizier-

¹⁷ Heberer 2003: 1225.

¹⁸ Heberer 2003: 1227.

tem Personal und die Möglichkeit der Abwahl inkompetenter und korrupter Funktionäre. Die Wahlen stellen also eine begrenzte Form der politischen Partizipation dar und sorgen gleichzeitig für mehr Akzeptanz der Regierungspolitik.

Fazit

Trotz wesentlicher Veränderungen in der sozialen Organisation der Stadtbewohner hat die Etablierung der *Shequ*-Komitees nicht zu „echten“ Wahlen und größerer sozialer Partizipation geführt. Die Wahlen sind immer noch nicht kompetitiv, selten direkt oder finden vielerorts gar nicht statt. Oft hängt dies auch damit zusammen, dass die Bewohner nicht darüber aufgeklärt wurden, dass sie die Möglichkeit haben, die *Shequ*-Komitees direkt zu wählen oder generell, dass sie überhaupt ein Wahlrecht haben.¹⁹ Bei der Partizipation handelt es sich überwiegend noch um mobilisierte und von oben kontrollierte Partizipation. Es engagieren sich entweder Bewohner, die von der sozialen Fürsorge der *Shequs* abhängig sind oder aber Parteimitglieder. Bewohner dagegen, die sich in keiner direkten Abhängigkeit befinden, lassen sich kaum mobilisieren oder distanzieren sich generell von gemeinschaftlichen Aufgaben. Die zunehmend soziale Heterogenisierung der Wohnviertel (Wohnungseigentümer, Unternehmer, Arbeiter, Sozialhilfeempfänger usw.) stellt ein mehrschichtiges Interessensgebilde der Einwohner dar. Soziale Strukturen werden weiter aufgebrochen und Nachbarschaftsbeziehungen, die früher wesentlich zur Fürsorge von sozial Schwachen, älteren Menschen oder Behinderten beigetragen haben, erodieren. Daher sind die soziale und materielle Absicherung die akuten Probleme, mit denen sich die Bewohner gegenwärtig konfrontiert sehen, und nicht Ausweitung politischer Partizipation, geschweige denn Demokratisierung.

In Anbetracht enormer sozialer Veränderungen, die auf Chinas Städte zukommen, wird die Entwicklung der *Shequs* eine wesentliche Rolle für die Gewährleistung sozialer Stabilität wie auch für die Erhaltung und Legitimierung des Systems spielen und somit die weiteren sozialen und politischen Entwicklungen Chinas entscheidend mitprägen.

Staatliche Aufgaben und Leistungen (soziale und gesundheitliche Fürsorge) können vom Staat alleine nicht mehr erbracht werden und erfordern daher mehr Partizipationsbereitschaft und Selbstverantwortung der *Shequ*-Komitees und -Einwohner. Dabei werden Aufgaben übernommen, denen sich in demokratischen Staaten überwiegend zivilgesellschaftliche Organisationen annehmen. Jedoch befinden sich in China zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Verbände und Nachbarschaftsinitiativen noch am Anfang ihrer Entwicklung.²⁰ Das Vorhandensein zivilgesellschaftlicher Organisationen ist jedoch eine Grundvoraussetzung für politische Partizipation. Denn oft werden durch ökonomische und soziale Partizipation in organisierten Gemeinschaften (Wirtschaftsverbänden, Innungen, Sportvereinen, Clubs) partizipative Momente eingeübt und intersubjektiv erprobt.²¹

Shequ-Komiteewahlen tragen unseres Erachtens dazu bei, dass die Menschen mehr an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren werden, wenn sie feststellen, dass sie z.B. durch die Wahlen Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungsträger und -prozesse erhalten und sich somit die Lebensqualität in ihren Wohnvierteln verbessert. Der partizipative Charakter, der den Wahlen inhärent ist, führt dazu, dass etwa das Recht zu wählen, das Recht auf ordnungsgemäße Wahlen wie auch die Möglichkeit, Komiteemitglieder, die nicht die Hoffnungen der Wähler erfüllen, abzuwählen, internalisiert werden und schließlich zu einer autonomen Form

¹⁹ Heberer 2004: 115.

²⁰ Heberer/Sausmikat 2004: 11.

²¹ Heberer 2004: 24.

der Partizipation führen können.²² Wir gehen davon aus, dass innerhalb dieser städtischen Neuorganisation ein Lernprozess eingesetzt hat, der zu mehr eigenverantwortlichem Handeln und einer Verinnerlichung von Normen und Regeln führen wird.

Handlungsempfehlungen

Wie oben beschrieben, mangelt es den *Shequ*-Komitees noch sehr an Professionalität und weitestgehend an materieller wie auch rechtlicher Sicherheit. Dabei sind in China gegenwärtig mehrere Entwicklungstendenzen und Unterschiede in der Organisation, Verwaltung und Umsetzung der Aufgaben der *Shequs* zu erkennen.

Zum Beispiel haben in der Stadt Qingdao (Provinz Shandong) einige *Shequs* damit begonnen, aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, indem sie Arbeitsberatungszentren, Fortbildungseinrichtungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und sogar von den *Shequs* kontrollierte Betriebe einrichten. Dabei konnten einige von ihnen wesentliche Fortschritte in Richtung autonomer Selbstverwaltung machen.²³ Im Fall Qingdaos hängt dies wohl damit zusammen, dass dort ein „*Shequ College*“ gegründet wurde, das die *Shequ*-Komiteemitglieder auf ihre Aufgaben vorbereitet. Der Vorbereitungskurs geht über einen Zeitraum von sechs Monaten und wird von den Teilnehmern/innen selbst finanziert (850 Yuan / ca. 85 Euro). Dabei werden sie in Fragen bezüglich Recht, *Shequ*-Organisation, Wirtschaft und Verwaltung geschult.²⁴

Die Professionalisierung der *Shequ*-Komitees durch aktive Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wesentlicher Beitrag in der Entwicklung und Stärkung der Selbstverwaltungsebene. In diesem Bereich haben sich in China bereits mehrere chinesische *Non-Profit*-Organisationen, sogenannte *Community Action Groups*, gebildet. In Informationsveranstaltungen, Seminaren und Workshops werden den Mitgliedern der *Shequ*-Komitees und Einwohnern Maßnahmen und Instrumente zur Förderung öffentlicher Partizipation und Gemeindeentwicklung (*community development*) vermittelt. *Service-Learning*, d.h. die aktive Teilnahme an organisierten Aktivitäten, die der Gemeinschaft nutzen, wird geschult, z.B. durch Beratung und Training zur Verbesserung von Umweltbewusstsein und -schutz. Die in Peking ansässige *Community Action Group Beijing*²⁵ wäre für die Heinrich-Böll-Stiftung eine ideale Anlaufstelle, da sie in Peking bereits in mehreren *Shequs* aktiv ist und auch schon Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit ausländischen Stiftungen (Ford Foundation, Wildflowers Institut usw.) bei der gemeinsamen Durchführung von Workshops und Seminaren in nachhaltiger Gemeindeentwicklung und Umweltschutz besitzt.²⁶ Hier könnte sich die Heinrich-Böll-Stiftung engagieren und im Bereich *Service-Learning* z.B. einen deutsch-chinesischen Erfahrungsaustausch von Experten initiieren. Ein weitere Möglichkeit wäre die Förderung des bereits erwähnten „*Shequ College*“, z.B. durch den Versuch, Kurse, die in Qingdao angeboten werden, in Peking in Zusammenarbeit mit der *Community Action Group* abzuhalten oder einen Erfahrungsaustausch mit dem „*Shequ College*“ zu veranstalten. Dabei könnte das Programm um Experten aus Deutschland erweitert und ergänzt werden, da China ein großes Interesse am deutschen sozialen Sicherungssystem hat und auch mit großem Interesse die Veränderungen in der deutschen Arbeitsmarktpolitik verfolgt (Hartz IV).

²² Heberer 2004: 115.

²³ Vgl. hierzu Derleth/Koldyk 2004: 754.

²⁴ Siehe hierzu ausführlich: Derleth/Koldyk 2004: 754. Die Akademie für Sozialwissenschaften in Qingdao (*Qingdao shi shehui kexueyuan*) beschäftigt sich mit der Entwicklung der *Shequs* in Qingdao, insbesondere Herr Liu Tongchang. Adresse: Qingdao Academy of Social Science, Jingshan Road No. 26, Qingdao. Tel.: 0532/2866202.

²⁵ Ansprechpersonen: Song Qinghua und Li Liya. Zimmer 704, Gebäude 22, Anzhenli 3 community, Chaoyang District, Beijing, 100029. Song Qinghua Tel.: 13910639607 E-mail: sqinghua@x263.net. Li Liya Tel.: 13001033223 E-mail: liyafyang@vip.sina.com. Siehe auch die Homepage: Community Action Beijing (*shequ canyu xingdong*) www.communityaction.org.cn. E-mail: cabj0212@communityaction.org.cn.

²⁶ Siehe hierzu die Homepage: Community Action Beijing (*shequ canyu xingdong*) www.communityaction.org.cn.

Die Bedingungen der *Shequ*-Wahlen variieren von Stadt zu Stadt und oft innerhalb einer Stadt von *Shequ* zu *Shequ*. Der bereits beschriebene experimentelle Charakter bei der Umsetzung der *Shequ*-Komiteewahlen zeigt eine noch uneinheitliche Entwicklung. Die Heinrich-Böll-Stiftung könnte sich im Bereich *Shequ*-Komiteewahlen eng mit einem chinesischen Partner (z.B. *Community Action Group* oder anderen NGOs, die in diesem Bereich aktiv sind und die lokalen Verhältnisse kennen) absprechen, um rechtliche Probleme zu vermeiden und Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten bei der Förderung von Direktwahlen zu erkunden. Dabei wäre eine enge Absprache mit dem *Ministry of Civil Affairs* ratsam. Im Bereich *Shequ*-Komiteewahlen ist das internationale Engagement im Vergleich zu den Dorfwahlen noch gering und bietet somit gute Einstiegschancen für die Heinrich-Böll-Stiftung.

Eine weitere Maßnahme könnte die Ausweitung der Stiftungsarbeit über die Stadtgrenzen Pekings hinaus sein. Dabei könnten mit Hilfe der Pekinger *Community Action Group* (Nutzung ihrer Netzwerke usw.) Kontakte zu anderen lokalen NGOs aufgenommen werden, um Maßnahmen zu entwickeln oder Kooperationen zu fördern, die auch anderen als soziale Brennpunkte geltenden Städten, wie z.B. Shenyang oder Benxi im Nordosten Chinas, zugute kommen.

Die dabei gesammelten Erfahrungen könnten zu einem Konzept zusammengefasst werden, das dann als „Entwicklungsleitfaden“ anderen *Shequs* dabei behilflich sein könnte, eine effiziente und autonome Selbstverwaltung zu entwickeln. Dabei schwebt uns die Schaffung eines „Modell-*Shequs*“ vor, in dem politische und soziale Partizipation durch Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung mit den *Shequ*-Komitees, den Einwohnern wie auch *Non-Profit*-Organisationen, die in den *Shequs* aktiv sind, gestärkt wird.

Literatur:

Community Action Beijing (*shequ canyu xingdong*), www.communityaction.org.cn, Zugriff: 12.02.05.

Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2003): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens, Opladen.

Derleth, James/Koldyk Daniel R (2002), Community development and political reform in urban China, in: China Development Brief, Vol. 5, No. 2: 38-43.

Derleth, James/Koldyk, Daniel R. (2004), The *Shequ* Experiment: grassroots political reform in urban China, in: Journal of Contemporary China, 13 (41): 747-777.

Heberer, Thomas (2003), Die Reorganisation städtischer Wohnviertel im Lichte kommunitaristischer und partizipativer Vorstellungen, in: China aktuell, Oktober 2003: 1223-1240.

Heberer, Thomas (2004), Partizipation, Wahlen und soziale Stabilität in den städtischen Wohnvierteln Chinas (unveröffentlichtes Manuskript).

Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2004), Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus? Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften (Grüne Reihe), No. 61.